

## Stellungnahme

zum Thema „**Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden 2012**“

(20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung – Ausschussdrucksache 18(18)95 vom 23.4.2015)

anlässlich des öffentlichen Fachgesprächs mit dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des 18. Deutschen Bundestages am 20.5.2015

Das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung – bzw. seine Vorgängerinstitutionen HIS Hochschul-Informationssystem und HIS-Institut für Hochschulforschung – sind seit der 10. Sozialerhebung des DSW (1982) für die Konzeption, Durchführung, wissenschaftliche Analyse und Berichtslegung dieser Untersuchungsreihe verantwortlich.

Die Sozialerhebung ist eine forschungsbasierte, das heißt eine mit (sozial-)wissenschaftlichen Methoden durchgeführte empirische Untersuchung zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Querschnitt der Studierenden in einem bestimmten Zeitraum – in den letzten Jahren i.d.R. alle drei Jahre die Vorlesungszeit des jeweiligen Sommersemesters. Im Vordergrund steht die Gewinnung jeweils aktueller und repräsentativer Daten zu diesem Themenfeld. Die Untersuchungsreihe ergänzt die amtliche Hochschulstatistik um zahlreiche, steuerungsrelevante Daten zur Zusammensetzung der Studierenden und zu Aspekten ihrer Lebensführung. Mit der Sozialerhebung erbringt das DZHW eine wichtige Dienstleistung für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik, aber auch für die studierendenbezogene Sozialpolitik – und zwar auf den verschiedenen politischen und regionalen Ebenen.

Die Daten der 20. Sozialerhebung beziehen sich auf die Befragung im Sommersemester 2012, sind demnach inzwischen drei Jahre alt und bedürfen einer Aktualisierung. Diese wird derzeit in Form der 21. Sozialerhebung vorbereitet (s. unten).

### **1. Teilnahmebereitschaft als Voraussetzung für belastbare Daten**

Zur wissenschaftlichen Verantwortung des DZHW gehört die Sicherstellung der Aussagekraft, Belastbarkeit und Verallgemeinerbarkeit der ermittelten Befunde. Dieser Anspruch ist recht voraussetzungsvoll und ohne die Mitwirkung der um Unterstützung gebetenen Hochschulen und die Teilnahme der eingeladenen Studierenden nicht zu erfüllen. Seit 1991 gehören alle staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland zur Grundgesamtheit der Sozialerhebung<sup>1</sup> und werden um Unterstützung gebeten. Die Hochschulen unterstützen die Erhebung, indem sie aus ihren Studierendendateien die Stichprobe ziehen und die Befragungsunterlagen an die Studierenden versenden. So wird sichergestellt, dass die Erhebung anonym erfolgt. In den letzten Jahren machen die Forscher(innen) der Sozialerhebung – ebenso wie die vieler anderer sozialempirischer Projekte in- und außerhalb des Institutes – die Erfahrung, dass der Aufwand, der für die Gewinnung der Hochschulen erforderlich ist, immer größer wird, ihre Kooperationsbereitschaft immer schwieriger zu erlangen ist und zunehmend häufig ausbleibt.

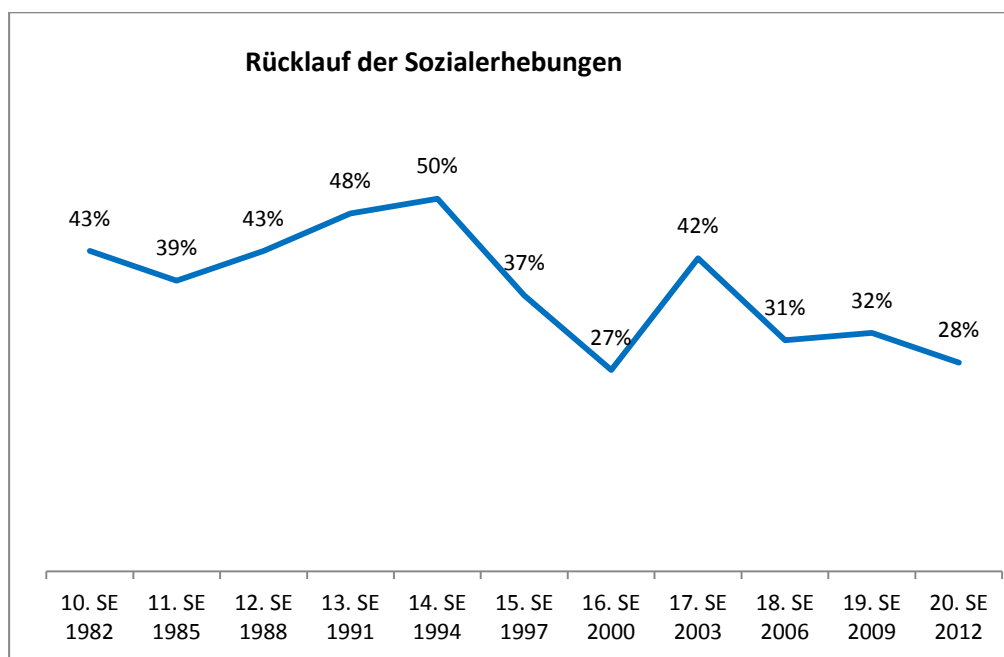
---

<sup>1</sup> Hiervon ausgenommen sind die Hochschulen für das Fernstudium, die Verwaltungsfachhochschulen sowie die Universitäten der Bundeswehr.

Aufgrund der Absage von Hochschulen reduzierte sich der Prozentsatz der teilnehmenden Hochschulen in den letzten anderthalb Jahrzehnten von 89 % (1997) auf 66 % (2012). Der Anteil der an den Teilnehmer-Hochschulen immatrikulierten Studierenden der Grundgesamtheit sank im gleichen Zeitraum von 99 % im auf 91 %.<sup>2</sup>

Neben ressourcenbezogenen Argumenten für ihre Nicht-Teilnahme führen die Hochschulen immer häufiger an, dass sie die Studierenden vor zu vielen Umfragen schützen wollen. Damit fällen die Hochschulen eine Entscheidung, die eigentlich den Studierenden überlassen bleiben sollte. Studierendenvertreter(innen) sollten sich dafür einsetzen, dass den Studierenden diese Entscheidungshoheit erhalten bleibt und die Studierenden aller Hochschulen die Chance erhalten, sich zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu äußern und somit auch den studentischen Interessenvertretungen repräsentative Daten zur Verfügung stehen. Diese (Stellvertreter-)Entscheidungen der Hochschulen sind ein erster Faktor, der die Repräsentativität der Ergebnisse beeinflusst.

Ein zweiter Faktor ist die Teilnahmebereitschaft der Studierenden selbst. Hier registrieren wir – wie zahlreiche sozialempirische Befragungsprojekte der Zielgruppe auch – einen Rückgang des Interesses und Engagements in Form von abnehmenden Rücklaufquoten. Bei der 20. Sozialerhebung haben sich 28 % der eingeladenen Studierenden beteiligt. Lediglich bei der 16. Sozialerhebung lag die Beteiligung noch darunter (s. Abbildung).



Quelle: DZHW 10. – 20- Sozialerhebung des DSW

<sup>2</sup> Zur Geschichte der Sozialerhebungen (Erhebungsjahre, Auftraggeber und Finanzierung, Sample, Rücklauf, Themen etc.) siehe [http://www.sozialerhebung.de/download/geschichte/Geschichte\\_Sozialerhebung\\_1-20.pdf](http://www.sozialerhebung.de/download/geschichte/Geschichte_Sozialerhebung_1-20.pdf)

Aufgrund gestiegener Studierendenzahlen konnte der Umfang der realisierten Stichprobe trotz rückläufiger Beteiligung der Hochschulen und Studierenden weitgehend konstant gehalten werden. So stand auch im Rahmen der 20. Sozialerhebung mit mehr als 15.000 Befragten eine ausreichende Fallzahl für differenzierte Analysen zur Verfügung. Zur Sicherung der Repräsentativität und Verallgemeinerbarkeit der Befunde wurde die selektive Teilnahme der Hochschulen und Studierenden – wie bei jeder Sozialerhebung – per Anpassungsgewichtung ausgeglichen.

Für die Gewichtung können jedoch nur Daten verwendet werden, die die amtliche Hochschulstatistik für die Grundgesamtheit bereitstellt (Bundesland, Hochschulart, Geschlecht, Fächergruppe). Für amtlich nicht erfasste Merkmale (z. B. soziale Herkunft, Studienmotive, Wertvorstellungen) kann die realisierte Stichprobe nicht kontrolliert und gewichtet werden. Die Tatsache, dass auch die amtlich nicht erfassten Merkmale der Studierenden in einem mehr oder weniger starken Zusammenhang mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage stehen, unterstreicht die große Relevanz hoher Ausschöpfungsquoten – und zwar sowohl bezogen auf die Teilnahme der Hochschulen<sup>3</sup> als auch auf die der Studierenden<sup>4</sup>.

## **2. Umstellung auf Online-Modus**

Zu den zentralen Gründen für die zurückhaltende Teilnahme der Hochschulen gehört der Aufwand, den die Verwaltungen mit der Adressierung und dem Versand der schriftlichen Befragungs- und Erinnerungsunterlagen haben. Er ist v. a. bei großen Hochschulen in der Tat sehr umfangreich und vergleichsweise komplex. Auch aus diesem Grund hat sich die Steuerungsgruppe der Sozialerhebung (BMBF, DSW, DZHW) vor zehn Jahren entschlossen, anhand eines Methodentests zu überprüfen, ob die bis dato papierbasierte Sozialerhebung auch als Online-Survey durchgeführt werden kann. Seitdem wurde mit Förderung des BMBF eine Serie aus drei Tests durchgeführt: Im Rahmen der 18., 19. und 20. Sozialerhebung wurde eine Teilstichprobe online befragt und mit den traditionell erhobenen Daten verglichen.<sup>5</sup>

Der Globalbefund dieser Testserie ist, dass eine umfangreiche und zum Teil Detailinformationen erhebende Befragung wie die Sozialerhebung auch online durchgeführt werden kann. Die Ergebnisse der Online-Befragung lassen keine modespezifischen Effekte erkennen, sondern sind als ebenso zuverlässig einzustufen wie die der Paper-Pencil-Erhebung. Die aufschlussreichen Zeitreihen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden, die ein Alleinstellungsmerkmal der Untersuchungsreihe sind, können fortgeschrieben werden. Ein großer Wermutstropfen bei Online-Erhebungen ist der geringere Rücklauf. Er betrug bei dem Online-Test im Rahmen der 20. Sozialerhebung 19 % und lag damit fast zehn Prozentpunkte unterhalb des Rücklaufs, der mit den Papierfragebogen erreicht wurde. Die Steuerungsgruppe hat die Umstellung der Sozialerhebung auf ein Online-Survey ab der 21. Sozialerhebung beschlossen. Projektbestandteil ist die Durchführung von Maßnahmen, die dem geringeren Rücklauf ent-

---

<sup>3</sup> Unter den Hochschulen, die sich einer Teilnahme verweigern, sind überdurchschnittlich viele kleinere Hochschulen, private Hochschulen, Kunsthochschulen und Schulen in kirchlicher Trägerschaft.

<sup>4</sup> Unterrepräsentiert sind z. B. Studierende an den in Fußnote 2 genannten Hochschulen, männliche Studierende, Studierende natur- und ingenieurwissenschaftlicher Fächer und ältere Studierende.

<sup>5</sup> Zu Testdesign und Ergebnissen vgl. Vortragsunterlagen im Anhang: Poskowsky\_GfHf-Tagung\_2015.pdf

gegen wirken sollen (Öffentlichkeitsarbeit, Einbeziehung der Studentenwerke, Interessenvertretungen und Multiplikator(inn)en an den Hochschulen, Incentivierung der Hochschulen etc.).

Es ist geplant, die Stichprobe deutlich zu erhöhen, indem jeder sechste Studierende – Deutsche, Bildungsinländer(innen) und Bildungsausländer(innen) – zur Teilnahme eingeladen wird

### **3. Neue Chancen für differenzierte Daten**

Mit der Umstellung auf eine Online-Befragung ergeben sich für das Monitoring der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden völlig neue Chancen, die erstmals mit der 21. Sozialerhebung genutzt werden sollen:

In den letzten Jahren hat sich der Bedarf an Daten und Analysen zur sozialen Dimension des Studiums sowie zur Diversität der Studierenden deutlich erweitert und ausdifferenziert. Vor dem Hintergrund gestiegener Studierendenzahlen sowie des Bestrebens, alle historisch relativ neuen Studierendengruppen zunehmend besser ins Studium zu integrieren, ihre Studienvoraussetzungen zu kennen und zu berücksichtigen, um auf dieser Grundlage ihren Studienerfolg zielgerichtet unterstützen zu können, wächst der Bedarf an detaillierten Informationen zu den Bedingungen des Lebens, Wirtschaftens und Studierens auch kleinerer Gruppen unter ihnen. Mit dem Projektdesign, das für die 21. Sozialerhebung entwickelt wurde, soll die Informationsdichte zur wirtschaftlichen und sozialen Lage kleinerer Subgruppen unter den Studierenden deutlich erhöht werden.<sup>6</sup> Zu diesen Subgruppen gehören beispielsweise Studierende in besonderen Studienformen (Studierende im Teilzeitstudium, ~ im dualen Studium, ~ im berufsbegleitenden Studium), Studierende mit besonderen Zugangsvoraussetzungen (Studierende bildungsferner Herkunft, ~ ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung) sowie Stipendiat(inn)en, Studierende mit Kind, Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung bzw. Studierende mit (einem bestimmten) Migrationshintergrund (z.B. Bildungsinländer(inn)en).

Bereits lange vor dem Anstieg der Studienbeteiligung im vergangenen Jahrzehnt war eine „Regionalisierung“ des Informations- und Analysebedarfs zu den Lebensverhältnissen der Studierenden zu beobachten, der sich z.B. in Form einer wachsenden Nachfrage von Hochschulen, Studentenwerken, kommunalen Akteuren und Mikrodatenutzer(inne)n nach Daten für ihre Organisation, Region bzw. für bestimmte regionale Abgrenzungen zeigte. Das Projektdesign der auf bundesweite Repräsentativität ausgerichteten Sozialerhebung konnte diesem Bedarf – trotz einer vergleichsweise großen Stichprobe – nur in den wenigen Fällen entsprechen, in denen die Anzahl der Befragten für regionale Auswertungen ausreichend groß war. Das neue Erhebungsdesign ermöglicht eine Vervielfachung des Stichprobenumfangs, so dass der Nachfrage nach Analysen mit regionalem Bezug künftig wesentlich besser als bisher entsprochen werden kann. Nach Schätzungen auf der Grundlage gegenwärtiger Studierendenzahlen wird es beispielsweise möglich sein, mehr als 80 Hochschulen hochschulbezogene Grundauszählungen zur Verfügung zu stellen.

---

<sup>6</sup> Siehe auch beigegefügtter Projektsteckbrief der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW).

Als schriftliche, papierbasierte Viel-Themenbefragung eines Querschnitts von Studierenden mussten die Fragen in Formulierung und Antwortvorgaben an einen (unter Umständen so nicht existierenden) Durchschnittsstudierenden gerichtet sein. Ein zielgruppenspezifischer Zuschnitt von Fragestellungen unterlag den engen Grenzen der Umsetzbarkeit innerhalb eines Papierfragebogens bzw. der Zumutbarkeit für die Befragten. Die Folge einer weitgehenden Standardisierung des Erhebungsinstrumentes können Informationsverluste über die tatsächliche Lebens- und Studienrealität „untypischer“ Studierender sein. Eine weitere Zielsetzung der 21. Sozialerhebung besteht deshalb darin, die Datengewinnung in Form einer zielgruppenspezifischen Gestaltung von Fragen zu qualifizieren (wie z. B. Erhebung des Zeitbudgets zugeschnitten auf Studierende im dualen Studium, ~ im Teilzeitstudium etc.). Auf diese Weise sollen sowohl die Auskunftsfähigkeit und -bereitschaft der Studierenden erhöht als auch präzisere Informationen für die einzelnen Subgruppen gewonnen werden.

#### **4. Konzeptionsphase**

Mit Förderung des BMBF wurde es möglich, der Erhebung eine Konzeptionsphase vorzuschalten, um ausreichend Zeit zu haben, das Erhebungs- und Berichtskonzept der Sozialerhebung wie beschrieben zu novellieren. Vor allem angesichts des zu erwartenden Zuwachses an Daten und des umfassenderen Analysepotentials aufgrund der Subgruppenspezifität der Befragung und einer wahrscheinlichen Splittung des Erhebungsinstrumentes, um möglichst viele interessierende Themen der sozialen und wirtschaftlichen Lage zu erheben und den Zusammenhang zwischen ihnen und weiteren, unter Umständen neu in die Befragung aufzunehmende Aspekten zu erhellen, ist eine Komprimierung und relevanzorientierte Reduzierung der Standardberichterstattung geboten. Es wird ein Berichtskonzept erarbeitet werden, das die Berichterstattung sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der methodisch-analytischen Ebene neu strukturiert.

Die methodische Umstellung, inhaltliche Novellierung und die Schaffung der informationstechnologischen Voraussetzungen (Serverarchitektur) machen eine Verschiebung der Feldphase der 21. Sozialerhebung um ein Jahr auf das Sommersemester 2016 erforderlich. Das DZHW ist davon überzeugt, dass sich diese Investitionen auszahlen und einen Mehrwert an differenzierten Informationen über die Studien- und Lebensrealität einer heterogenen Studierendenschaft generieren werden, die gleichzeitig eine präzisere Handlungsgrundlage für bildungspolitische Entscheidungen bieten.

Berlin, den 12.05.2015

gez. Dr. Elke Middendorff  
Stellv. Arbeitsbereichsleiterin Studierendenforschung  
Leiterin des Projektbereichs Sozialerhebung